

1. Die Bilanz

Die Bilanz der Europäischen Integration 2021

Werner Weidenfeld

Europa erfährt ein historisches Unikat. Die EU muss multiple Krisen bewältigen und gleichzeitig strategische Perspektiven erarbeiten.¹ Die dramatischen Schlagzeilen dieser Zeit liefern alarmierende Signale: „Getrieben von Krisen“,² „Diskreditierte Idee“,³ „Europa als Achterbahnfahrt“,⁴ „Alles nur geborgt“,⁵ „Warum wir schrecklich genau hinhören müssen, wenn wir dem schwächer gewordenen Herzschlag Europas lauschen wollen“,⁶ „Pst, da klopft doch was? „Faustrecht. Die liberale Weltordnung ist in ernster Gefahr“,⁷ „Die Sorge vor dem Krieg reicht nicht als Begründung für die EU“,⁸ „Echte Führung ist gefragt“,⁹ „Stunde Europas“,¹⁰ „Nach Corona: Die Fesseln sprengen!“,¹¹ „Gedemütigtes Parlament“,¹² „Wir müssen aktiver sein“,¹³ „Europa verrät die Idee der Aufklärung“,¹⁴ „Sturm des Wandels“,¹⁵ „Risse im Netz“,¹⁶ „Das Ende der Heuchelei“,¹⁷ „Für den Moment: Zusammengerauft“.¹⁸

Zugleich erlebt Europa schwankende Krisenstimmungen. Einerseits wuchs mit dem Brexit die Zustimmung zur Integration, andererseits beförderte die Covid-19-Pandemie die Europa-Skepsis. So zeigen Umfragedaten, dass insbesondere die Erwartungen von Deutschen an das EU-Krisenmanagement mit 14 Prozent sehr niedrig sind. Demgegenüber glauben 59 Prozent, sich in der Krise nur auf das eigene Land verlassen zu können.¹⁹

-
- 1 Winfried Böttcher: Europa 2020, Von der Krise zur Utopie, Baden-Baden 2020; Ludger Kühnhardt: Identität und Weltfähigkeit, Sichtweisen aus einem unruhigen Europa, Baden-Baden 2020; Andreas Grimm (Hrsg.): Die neue Europäische Union, Zwischen Integration und Desintegration, Baden-Baden 2020.
 - 2 Ulrich Ladurner: Getrieben von Krisen, in: Das Parlament, 4.1.2021.
 - 3 Stephan Baier: Identität entdecken, nicht konstruieren, in: Die Tagespost, 14.2.2020.
 - 4 Die Tagespost, 6.6.2019.
 - 5 Süddeutsche Zeitung, 9.11.2019, S. 4.
 - 6 Krisztina Tóth: Pst! Da klopft doch was?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.08.2020, S. 12.
 - 7 Stefan Kornelius: Das Faustrecht der Illiberalen, in: Süddeutsche Zeitung, 13.2.2020.
 - 8 Anna Sauerbrey: Die Sorge vor Krieg reicht nicht als Begründung für die EU, in: Der Tagesspiegel, 28.1.2019.
 - 9 Internationale Politik: „Echte Führung ist gefragt“, 4.7.2019.
 - 10 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.12.2017.
 - 11 Roland Koch: Jetzt müssen wir unsere Fesseln sprengen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.5.2020, S. 8.
 - 12 Süddeutsche Zeitung, 19.12.2020, S. 4.
 - 13 Thomas Gutschker: „Wir müssen aktiver sein“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 27.12.2020, S. 8.
 - 14 Raquel Erdtmann: Europa verrät die Idee der Aufklärung, in: Die Welt, 14.11.2020, S. 30.
 - 15 Klaus-Dieter Frankenberger: Sturm des Wandels, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.9.2020.
 - 16 Süddeutsche Zeitung, 1.10.2020, S. 4.
 - 17 Matthias Krupa/Jörg Lau: Das Ende der Heuchelei, in: Die Zeit, 10.6.2020, S. 4.
 - 18 Welt am Sonntag, 22.3.2020, S. 7.
 - 19 Susi Dennison/Jana Puglierin: Crisis of Confidence: How Europeans see their place in the world, European Council on Foreign Relations Policy Brief, 9.6.2021, abrufbar unter: <https://ecfr.eu/wp-content/uploads/Crisis-of-confidence-How-Europeans-see-their-place-in-the-world.pdf> (letzter Zugriff: 17.8.2021).

Auch der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger klagte, dass es keine europäische Vision gebe.²⁰

Der Kontinent erscheint ratlos und auf der Suche nach Orientierung.²¹ Von der existentiellen Herausforderung der Covid-19-Pandemie, über die Anhäufung von Schuldenbergen und die Sorge um Arbeitslosigkeit bis hin zur weltpolitischen Mitverantwortung in einer unfriedlichen Epoche. Zugleich erlebt Europa Machtkämpfe um die künftige Verfasstheit des institutionellen Gefüges und um die künftigen Abläufe der Entscheidungsprozesse.

Wo steht Europa? Was macht seine Identität aus? Wo befindet sich der Raum öffentlicher Selbstwahrnehmung der EuropäerInnen? Auf solche Fragen findet man seit geraumer Zeit nur große Ratlosigkeit. So kann es nicht überraschen, dass die existentielle Grundsatfrage unvermeidlich wird: Was hält Europa eigentlich zusammen? Die Antwort auf diese Frage ist schwer zu finden. Die Politik erschöpft sich weitgehend in situativem Krisenmanagement. Gesellschaftlich bindende Orientierungen? Fehlanzeige. Die Forderung nach begreifbarer Identität ist aber keine Banalität.²² Jedes politische System bedarf zur Gewährleistung seiner Handlungsfähigkeit eines Rahmens, auf den sich die Begründungen für Prioritäten und Positionen beziehen. Es bedarf der Filter zum Ordnen aller eingehenden Informationen.

Halten wir uns vor Augen, wie Europa die diversen Schichten der Identität abgelagert hat: Europa war immer zugleich ein geographischer Begriff und eine normative Herausforderung. Es war von Anfang an eine Kombination aus territorialer Expansion und kulturellen Werten.²³ Mit jeder neuen Entdeckung, Kolonisierung und Eroberung erweiterten sich Europas Grenzen über die kleine griechische Halbinsel mit ihrer fortgeschrittenen Kultur hinaus. EuropäerInnen haben die politischen Grenzen des Kontinents stets hinterfragt. Europa ist durch natürliche Grenzen im Norden, im Westen und im Süden begrenzt, nicht aber im Osten. Auch heute noch, angesichts der Erweiterung der EU, ist der Kontinent mit dem elementaren Problem seiner unbestimmten Grenzen konfrontiert. Darüber hinaus wurde Europa viele Jahrhunderte lang durch seine religiösen Fundamente getragen, die noch heute nachwirken. Das Eurobarometer 2015 ergab für die EU-28 einen Anteil von fast 72 Prozent ChristInnen (davon unter anderem 45,3 Prozent römisch-katholisch und 11,1 Prozent protestantisch), 1,8 Prozent MuslimInnen und zusammengerechnet 25 Prozent Nichtgläubige, AgnostikerInnen oder AtheistInnen.²⁴

Europas religiöse Fundierung brachte in der Vergangenheit zahlreiche Konflikte mit sich. Territoriale Grenzen veränderten sich in Folge religiöser Machtpolitik und führten zu Verfolgung und Migration. Dennoch verblieben Minderheiten in vielen Ländern und wurden als Quelle von Spannungen betrachtet. Nur drei moderne Nationen erlebten in ihrer jeweiligen Geschichte eine Art Überlappung von religiösen und territorialen Grenzbeziehungen. Dies waren England und die Kerngebiete Frankreichs und Spaniens. In allen anderen Regionen Europas haben sich die Grenzen mehr oder weniger häufig verändert. Vor diesem Hintergrund haben stets Minderheitskonflikte die politische Landkarte Euro-

20 Mathias Döpfner: Es gibt keine einzigartig europäische Vision, in: *Die Welt*, 25.4.2021.

21 Kai Hirschmann: *Europa zwischen Abbruch und Aufbruch*, Die Europäische Union vor existentiellen Herausforderungen, Bonn 2020; Christoph Möllers/Linda Schneider: *Demokratisierung in der Europäischen Union*, Studie zu einem Dilemma, Bonn 2020.

22 Julian Nida-Rümelin/Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien*, Baden-Baden 2007.

23 Werner Weidenfeld: *Europas Seele suchen*, Baden-Baden 2017.

24 Special Eurobarometer 437: *Discrimination in the EU 2015*, 2.10.2015, abrufbar unter: https://data.europa.eu/data/datasets/s2077_83_4_437_eng?locale=en (letzter Zugriff: 17.8.2021).

pas bestimmt. Dennoch entwickelten sich diese Länder vom 17. bis zum 19. Jahrhundert zu modernen Nationalstaaten, die damit zur regulären politischen Ordnung wurden.

Europa hat eine mehr als 2000 Jahre alte, von Kriegen geprägte Geschichte. Gleichzeitig gab es jedoch auch europaweite Epochen der Kunst, Dichtung, Architektur, des Theaters, der Musik, der Philosophie und der politischen Ideen. Die gemeinsame Idee der Aufklärung und des Verstandes als Grundlage des Menschseins ging daraus hervor und wurde seit Ende des 18. Jahrhunderts ein Schlüsselerlebnis für Europa. Religiöser Glaube wurde als individuelle Beziehung zu Gott gesehen und definierte nicht länger die Ordnung des politischen Lebens, sodass durch die Aufklärung die Trennung von Staat und Kirche zur Regel wurde. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Würde, unabhängig von der individuellen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder Ethnie.

Keine dieser Entwicklungen ist vollständig aus unserem europäischen Selbstverständnis verschwunden: die Kombination aus territorialer Expansion und kulturellen Werten, die Frage der Grenzen, das Erbe der Religion in einer säkularen Welt, Migration und Minderheitenkonflikte sowie Europas Geschichte als eine Geschichte der Kriege auch zwischen säkularen Staaten. All diese divergierenden, facettenreichen Faktoren sind wesentliche Teile unseres kollektiven Verständnisses von Europa.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es den EuropäerInnen, ihre scheinbar schicksalhaften kriegerischen Auseinandersetzungen aufzugeben. Sie änderten ihr gesamtes System der politischen Zusammenarbeit und der politischen Kultur, dessen neuer Schlüsselbegriff „Integration“ wurde. Die aktuellen Erschütterungen des Kontinents vermitteln uns mehr als die traditionelle Reihung europäischer Krisen und die darauf jeweils folgenden Fragmente eines Krisenmanagements. Nunmehr werden erstmals in der Integrationsgeschichte der Nachkriegszeit mit Nachdruck die Sinnfragen des Gesamtprojekts der Einigung Europas aufgeworfen. Was ist der Grund für dieses höchst ungewöhnliche Phänomen? Zunächst erkennt man den Verfall früherer normativer Grundlagen. Zusätzlich fehlt als Kompensation ein Zukunftsnarrativ. Europa befindet sich in einer Ära strategischer Sprachlosigkeit und muss eine strategische Kultur aufbauen: neue Vitalität wird Europa nicht aus herkömmlichen Machtspielen erwachsen. Europa kann heute durchaus als die rettende, elementare Antwort auf die Globalisierung und die damit verbundenen vielen Gewaltarenen der internationalen Konfliktlandschaft ein neues Ethos entfalten. Die Tür zu dieser neuen Sinnbegründung wäre geöffnet, wenn Europa ein strategisches Konzept der Differenzierung nach innen und nach außen böte.²⁵

Dazu bedarf es eines weiteren Beitrags: Eine komplizierte politische Wahrheit, die ihre Identität sucht, braucht den Ort repräsentativer Selbstwahrnehmung. In der klassischen Lehre der repräsentativen Demokratie ist dieser Ort das Parlament. Das Europäische Parlament ist heute jedoch deutlich davon entfernt, der öffentliche Ort der Selbstwahrnehmung der EuropäerInnen mit ihren Zukunftsbildern und Hoffnungen, mit ihren Ängsten und Konflikten zu sein. Europa muss sich also aktuell als Strategie-Gemeinschaft begreifen, die einen gemeinsamen normativen Horizont realisiert. Es geht hierbei um die normativ fundierte Gestaltung von Interdependenz. Das alles zusammen ist eine wirklich große, historische Aufgabe. Es geht um das neue Europa.²⁶

25 Daniela Schwarzer: Europas geopolitischer Moment, in: *Europäische Politik* 1/2021, S. 18–25.

26 Michael Gehler: *Europas Weg, Von der Utopie zur Zukunft der EU*, Wien 2020; Andreas Grimm (Hrsg.): *Die neue Europäische Union*, 2020.

Auf der Grundlage dieser elementaren Anfragen hat die EU aktuell mehrere operative Herausforderungen zu bewältigen, die im Folgenden beschrieben werden:²⁷ die Covid-19-Pandemie²⁸ und die Nachwirkungen des Brexit²⁹. Die deutsche Ratspräsidentschaft lieferte wichtige Impulse hierzu und die Konferenz zur Zukunft Europas³⁰ könnte einen Scheideweg für die Zukunft des Kontinents darstellen.

Covid-19-Pandemie

Der bisherige Verlauf der Pandemie hat gezeigt, wie sehr Europa gebraucht wird, um Überlebenschancen zu organisieren. Die fehlende Gesundheitsvorsorge muss korrigiert werden. Die EU muss den jeweils relevanten internationalen Rahmen organisieren: Testen, Kontaktnachverfolgung, Isolierung, Quarantäne, Schutzmasken, Kontaktbeschränkungen. Investitionen in die Gesundheitsämter, Hochrisikostrategien, Digitalisierung, Koordinierung und Kommunikation erscheinen dringend notwendig. Es ist intensiv zu erfahren, dass EU-Kompetenzen für die Pandemiebekämpfung unverzichtbar sind. Die Erkenntnis wächst, dass es einer Gesundheitsunion bedarf. Zügig werden in diesem Kontext die Fragen der Ethik aufgeworfen.³¹

Das Resümee der Zukunftsforschung lautet, dass die Covid-19-Krise die systematische Zukunftszintelligenz erhöhen und Innovationen in digitale Infrastrukturen, kollaborative Plattformen, Ökosysteme und demokratische Institutionen beschleunigen kann, die die Gesellschaft robuster machen. Eine Zukunftsstrategie sei das beste Immunsystem.³²

Wie ernst die Zukunftsfragen zur Covid-19-Pandemie genommen werden, zeigt auch der Beschluss des Europäischen Parlaments, einen Sonderausschuss zu dieser Thematik einzusetzen.³³ Das Gremium soll untersuchen, was die EU bei der Reaktion auf die Krise richtig und falsch gemacht hat und welche Lehren sie ziehen muss. Dabei werden Fragen der Vergabe der Mittel des Wiederaufbaufonds zeigen, ob dessen komplexer Prozess überhaupt im Rahmen der bestehenden EU-Institutionen zu bewerkstelligen ist.³⁴ Wie weitreichend die historischen Antworten auf die Covid-19-Krise sein können, zeigt auch die Ankündigung von Ratspräsident Charles Michel, sozialpolitische Themen zukünftig regelmäßig auf Ebene der Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat zu erörtern.³⁵ Angestrebt ist, die Sozialpolitik als EU-Kompetenz zu verankern, wo sie doch bisher vor allem zur Kompetenz der Mitgliedstaaten gehörte.

27 Werner Weidenfeld: Die Bilanz der Europäischen Integration 2020, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2020, Baden-Baden 2020, S. 19–30; Daniel Schade: Brexit, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2020, Baden-Baden 2020, S. 49–58; Manuel Müller: Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2020, Baden-Baden 2020, S. 59–68.

28 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie“ in diesem Jahrbuch.

29 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Brexit“ in diesem Jahrbuch.

30 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Konferenz zur Zukunft Europas“ in diesem Jahrbuch.

31 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Medizin und Ethik in der Pandemie, Aus Politik und Zeitgeschichte 24–25/2021.

32 Daniel Dettling: Nach Corona: Szenarien und Strategie für die Zukunft, in: Internationale Politik 2/2021, S. 22–27, hier S. 27; Hartmut Kaelble: Mehr als ein neues Krankheitsbild: Warum die Corona-Krise für die Europäische Union historisch neuartig ist, in: integration 4/2020, S. 325–332.

33 Süddeutsche Zeitung, 18.6.2021.

34 Manfred Rauchensteiner/Micheal Gehler (Hrsg.): Corona und die Welt von gestern, Wien 2021, S. 94.

35 Europäischer Rat: Erklärungen und Bemerkungen, Ausführungen von Präsident Charles Michel im Anschluss an die informelle Tagung der Mitglieder des Europäischen Rates und das Treffen der Führungsspitzen der EU und Indiens in Porto, 8.5.2021, 345/21.

Brexit

Der Brexit sorgt weiterhin für große Unsicherheit.³⁶ Konfliktreich blieben nach vielen Monaten schwieriger Vertragsverhandlungen³⁷ auch die Monate nach der Einigung.³⁸ In den ersten drei Monaten des Jahres 2021 erfuhr das Handelsvolumen zwischen beiden Seiten einen Rückgang von 22 Prozent.³⁹ Handelsrechtliche Streitigkeiten wurden Alltag.⁴⁰ Der Brexit ist inzwischen Wirklichkeit: Am 31. Dezember 2020 endete die Übergangsfrist. Bei BefürworterInnen und GegnerInnen ist eine gewisse Ermüdung feststellbar. Und dennoch gibt es auch positive Ergebnisausblicke.⁴¹ EU-Chefunterhändler Michel Barnier formulierte sogar, dass eine beispiellose Partnerschaft nach dem Brexit möglich sei.⁴²

Die deutsche Ratspräsidentschaft

Das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft⁴³ lautete: „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“⁴⁴ Ein großer Katalog notwendiger Maßnahmen bestimmte das Bild: mehrjähriger Finanzrahmen und Wiederaufbaufonds; Rechtsstaatlichkeit; Koordinierung der Gesundheitspolitik; Beziehungen zu Großbritannien nach dem Brexit; das östliche Mittelmeer; die EU-Russland-Beziehungen; die transatlantischen Beziehungen.

Der Ratspräsidentschaft wurden trotz einer gemischten Bilanz einige Erfolge zugeschrieben. Bei den Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen einschließlich des NextGenerationEU-Fonds, dem Brexit und dem EU-China-Abkommen habe sie die Erwartungen sogar übertroffen.⁴⁵

Die Konferenz zur Zukunft Europas

Die Konferenz zur Zukunft Europas hat mit einer mühsamen Vorbereitung die Arbeit aufgenommen, allein die Einigung auf die Organisation ihres Vorsitzes benötigte ein Jahr.⁴⁶ Es wurde ein Kompromiss erzielt: Die drei PräsidentInnen von Europäischem Parlament, Europäischer Kommission und Europäischem Rat übernahmen gemeinsam die Leitung der Konferenz. Sie soll etwa zwei Jahre tagen. Das Plenum, dem 433 Mitglieder angehören, setzt sich aus 108 VertreterInnen des Europäischen Parlaments, 54 des Rats,

36 Hugh Mercer/Friedrich Graf von Westphalen: Die große Brexit-Unsicherheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.6.2021.

37 Michel Barnier: La grande illusion, Journal secret du Brexit (2016–2020), Paris 2021.

38 Stefan Kadelbach (Hrsg.): Brexit – And what it means, Baden-Baden 2019; Rolf J. Langhammer et al.: Brexit-Finale: Das letzte Ringen um einen Deal, in: ifo Schnelldienst 12/2020, S. 3–27.

39 Hugh Mercer/Friedrich Graf von Westphalen: Die große Brexit-Unsicherheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.6.2021.

40 David Allengreen: Brexit: What everyone needs to know, Oxford 2021.

41 Nicolai von Ondarza: Der Brexit-Vertrag: Ein stabiles Fundament für eine neue Partnerschaft, in: SWP Kurz gesagt, 8.1.2021.

42 Michel Barnier: Beispiellose Partnerschaft nach dem Brexit möglich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.8.2018.

43 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Rat der Europäischen Union“ und „Deutschland“ in diesem Jahrbuch.

44 Katrin Böttger/Matthias Jopp: Die deutsche Ratspräsidentschaft 2020: selektive Föderalisierung des Integrationsprozesses, in: integration 1/2021, S. 3–22, hier S. 3; Daniel Göler/Mathias Jopp: Kann Europa gelingen? Vorhaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, Wiederabdruck, in: intergration 3/2020, S. 206–230.

45 Funda Tekin/Jana Schubert: Deutschlands „Corona-Präsidentschaft“, Weichenstellung für die Zukunft Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23–25/2020, S. 10–16; Böttger/Jopp: Deutsche Ratspräsidentschaft, 2020, S. 20.

46 Julian Plotka: Die Konferenz zur Zukunft Europas zwischen „Konvent 2.0“ und „Intergouvernementalismus 3.0“, Warum Europa diese Chance zur Reform nutzen muss, in: integration 3/2020, S. 231–244.

drei der Kommission und 108 aller nationalen Parlamente sowie europa-aktiven BürgerInnen zusammen. Außerdem wurden Bürgereigeninitiativen zur Diskussion eingeladen und eine digitale Plattform für die Ideenanhaltung freigeschaltet, auf der bereits tausende Ideen eingingen.⁴⁷ Als wichtigste Themenkomplexe wurden Klimawandel, Terrorismus, Gesundheit, Digitales und Migration genannt.

Die Zukunftswerkstatt wird einer Demokratiewerkstatt gleichkommen.⁴⁸ Es wird sich zeigen, ob der Reformimpuls über das Krisenmanagement hinausreicht. Die operativen Umsetzungen der dazu aktuell anstehenden Megathemen liegen auf der Hand. Erstens verlangt der politische Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion nach stärkerer Handlungsfähigkeit. Zweitens ist die Sicherheit Europas neu und effektiv zu organisieren. Drittens sind solche strategischen Grundsatzfragen zu unterfüttern mit neuen Verfahren der Legitimation und einer transparenten Führungsstruktur. Viertens ist dies alles konzeptionell von einem Europa-Strategierat zu steuern.

Ein Blick in die Geschichte zeigt: Krisen haben zunächst Problemdruck ausgelöst, dann zu Lernprozessen geführt und schließlich zu Problemlösungen. Fehlende Antworten auf die Sinnfrage haben zu Katastrophen geführt. Die Orientierung des neuen Europas ist also der geistige Beitrag zur Vermeidung einer Katastrophe.

Zu diesem Katalog fallen schnell wichtige Reformschritte ein: Ausbau der Mehrheitsentscheidungen auch für Außen- und Sicherheitspolitik; Schaffung eines EU-Sicherheitsrats; Einrichtung des Amtes eines europäischen Verteidigungsministers und einer europäischen Finanzministerin; Kreation eines Kompetenzgerichtshofs; Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion; Steigerung der Legitimation durch Direktwahl des Präsidenten des Europäischen Rats; Kompetenzerweiterung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.

Wenn man sich diesen Katalog vor Augen hält, dann wird bald der schmerzhafteste Problembefund klar: Das Defizit an strategischem Denken erweist sich als die eigentliche Achillesferse Europas. Es existiert bisher keine Agenda, die Europa in Krisen und Konflikten Orientierung bieten könnte. Erst wenn es Europa gelingt, eine Kultur des strategischen Denkens zu entwickeln, wird es eine markante gestalterische Relevanz nach innen und außen erhalten und damit auch für die BürgerInnen ein selbstverständlicher Fixpunkt der Argumentation und der Identitätsarchitektur werden. Diese intellektuelle Leistung gilt es unter den europäischen Eliten zu organisieren, um operativ und strategisch die angestrebte Stabilisierung und den Aufbruch Europas umsetzen zu können.

Europa bewegt sich in einer weltpolitischen Architektur, die neue Aggregatzustände aufweist: Die Weltpolitik ist nun wirklich multipolar geworden. Zur Lösung von Problemen reicht nicht mehr nur der Hinweis auf eine dominante Weltmacht, die weder die USA⁴⁹ noch China⁵⁰ darstellen können. Die Liste ist länger geworden und umfasst unter anderem Indien, Japan, Brasilien, Russland⁵¹ und Europa. Zudem hat die Digitalisierung die Globalisierung zur Erfahrung eines jeden Details in Jetztzeit gemacht.

47 Vgl. zur Übersicht Konferenz zur Zukunft Europas: Aktuelle Diskussionsthemen, abrufbar unter: <https://futureu.europa.eu/processes> (letzter Zugriff: 17.8.2021).

48 Nicolai von Ondarza/Minna Ålander: Die Konferenz zur Zukunft Europas, in: SWP-Aktuell 20/2021.

49 Daniel Hamilton: Scheitern oder neu erfinden? Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, in: Internationale Politik 5/2020, S. 20–24; Francis Fukuyama: Epizentrum der Ohnmacht, in: Internationale Politik 5/2020, S. 31–35.

50 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und China“ in diesem Jahrbuch.

51 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und Russland“ in diesem Jahrbuch.

Diese digitalisierte und globalisierte multipolare Welt bietet für Europa zwei alternative Handlungsperspektiven: Entweder man wird von Ereignissen, Problemen und Schwierigkeiten überrollt und zum hilflosen Opfer der Gegebenheiten – oder man wird zum mitverantwortlichen Mitgestalter. Dem wird sich Europa nicht entziehen können und wollen. Dazu braucht es allerdings mehr analytische, konzeptionelle und strategische Kraft, um eine gewisse Deutungshoheit zu erringen.

Der durch die neue Weltunordnung herausgeforderte Kontinent kann nicht einfach fortschreiben, was einst für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit sechs Mitgliedern galt. Die erheblich gewachsene EU mit ihren heute 27 Mitgliedstaaten muss differenzierter organisiert werden. Bereits seit mehr als zwanzig Jahren erfolgen unsystematisch einzelne Integrationschritte, an denen sich nicht alle Mitgliedstaaten beteiligen und bei denen man auch nicht auf den letzten Zögerer warten will. Der Schengen-Raum, die Euro-Zone und weitere Projekte zeigen, dass ansatzweise die differenzierte Integration bereits seit geraumer Zeit ein fester Bestandteil des Integrationsprozesses ist.

Differenzierte Integration kann als Laboratorium für das Innovationspotenzial der EU dienen.⁵² Die Heterogenität und die schiere Zahl unterschiedlicher Interessen laden geradezu dazu ein, Projekte voranzutreiben, die von einer Gruppe von Staaten für wichtig erachtet werden, die aber keine Realisierungschance im Geleitzug der ganzen Union mit allen Mitgliedstaaten haben. Dabei bedeutet differenzierte Integration nicht, ein Zwei-Klassen-Europa einzuführen. Die Staaten, die heute den nächsten Schritt nicht vollziehen wollen, haben die Gelegenheit, dies später nachzuholen. Die differenzierte Integration bietet also die Chance, die Handlungsfähigkeit der EU zu sichern und die Probleme zu lösen, ohne Fragen der Selbstverständigung zu ignorieren.⁵³

Wie kann nun die strategische, kulturell fundierte Antwort auf diese höchst schwierige Lage aussehen? Sie kann nicht in dem historischen Hinweis auf die Erfolge der Gründerzeit bei der Friedenssicherung oder dem Überlebensprinzip im Kalten Krieg bestehen – was häufig genug versucht wird. Es bedarf der großen Verständigung auf neue Begründungskonstellationen, die Europa in der neuen historischen Epoche bestehen lassen. Das kann nur gelingen, wenn Europa eine neue strategische Kultur entwickelt.⁵⁴

Die Herausforderung Europas

Die Welt ist aus den Fugen geraten. Frühere Strukturelemente sind uns vertraut – von der Internationalisierung bis zur Globalisierung – die aber jetzt in eine neue historische Epoche geschoben werden. Die Pandemie als tiefste Krise seit Kriegsende bestimmt das Bild. Das historische Spezifikum dabei besteht in der gleichzeitigen Verbindung von mehreren existentiellen Herausforderungen.

52 Brigitte Reck: Flexibilität in der Europäischen Union, Entstehung und Entwicklung eines alternativen Integrationsmodells, Stuttgart 2001; Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Das neue Europa, Strategien differenzierter Integration, Gütersloh 1997; Anja Riedeberger: Die EU zwischen einheitlicher und differenzierter Integration, Wiesbaden 2016.

53 Wolfgang Schäuble: Grenzerfahrungen, Wie wir an Krisen wachsen, München 2021; Hamilton: Transatlantische Beziehungen, 2020; Fukuyama: Epizentrum, 2020.

54 Werner Weidenfeld: Die Europäische Union als Orientierungsgemeinschaft, in: Peter-Christian Müller-Graff (Hrsg.): Kernelemente der europäischen Integration, Baden-Baden 2020, S. 191–200; Hardy Ostry/Ludger Bruckwilder: Die Frage der Identität, Die EU muss ein globaler Akteur in der sich ändernden Weltordnung werden, in: Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung 1/2021, S. 14–25.

Die Covid-19-Pandemie prägt mit ihren gigantischen Krankheits- und Todeszahlen alles. Sie verdrängt thematisch alle anderen Themen und Probleme und auch die sonstigen medialen Aufmerksamkeiten. Die europäischen Gesellschaften haben sich tiefgreifend verändert. Wo früher Zufriedenheit, Zuversicht, Selbstgewissheit dominierten, sind nun Verunsicherung, Besorgnis, Frustration festzustellen. Das Bild von der Zukunftsgesellschaft, die Konzeption des künftigen Zusammenlebens, die Regelung der neuen weltpolitischen Risikostrukturen – alle diese Megathemen jedoch bleiben.

Die Kenntnisse über die grundsätzliche Gefahrenlage der Welt sind groß. Es fehlt allerdings an der Entwicklung von Strategien zur Umsetzung von Antworten auf die dramatischen Fragen dieser Zeit: Zukunftsstrukturen der internationalen Ordnung, Klimaschutz, Flüchtlingsthematik, Bevölkerungsexplosion, Bekämpfung des Hungers, Sicherheitsdilemmata. Nur eine integrierte EU ist stark genug, ihren Mitgliedern Schutz, Ordnung und Individualität zu garantieren, während sie nach außen zugleich Standards für eine gerechtere Globalisierung setzen kann. Kraft seiner Wirtschaftsmacht sollte Europa in der digitalisierten und globalisierten multipolaren Welt Maßstäbe setzen und sich zutrauen, diese nicht nur gegenüber USA, China⁵⁵ und Russland, sondern auch gegenüber Indien, Japan und Brasilien zu behaupten – insbesondere aber strategisch hilfreich zu sein gegenüber direkten Nachbarstaaten auf dem afrikanischen Kontinent.

Das Kalkül früherer Zeiten liefert keine klaren Antworten mehr auf die Fragen der neuen Weltunordnung. Die Zeiten mit verlässlichen Partnern sind vorbei. Die USA sind nicht mehr der strahlende Leuchtturm westlicher Orientierung, sondern vielmehr frustriert über fehlende Mitwirkung der EuropäerInnen. Die pazifische Orientierung der USA wird bestimmend. China drängt auf den Spitzenplatz der weltpolitischen Machtarchitektur. Seine Konflikte mit den USA, mit Indien und Taiwan sind ablesbar. Russland und Brasilien suchen sich zu arrangieren. Der Druck der Weltpolitik wird stärker und die Erwartungen an Europa wachsen deutlich, sodass es sich mehr einbringen muss. Aber werden die EuropäerInnen ihre Eigeninteressen finden? Welt Pandemie, Klimakrisen, Migrationsbewegungen, Weltwirtschaftschaos – all das fordert neue multilaterale Antworten.

Politik verkommt zur Inszenierung von Machtspielen. Das ist weit weg von der großen Aufgabe, den öffentlichen Raum aus überzeugenden Ideen heraus zu gestalten, rational die Mitverantwortung als BürgerInnen und als deren Repräsentanten umzusetzen. Die Europapolitik begegnet den großen historischen Herausforderungen entweder mit Ratlosigkeit oder mit situativem Krisenmanagement: Statt Zukunftsvisionen bleiben Populismus, Nationalismus und Regionalismus. Wer die große Zeitenwende Europas in einer neuen weltpolitischen Machtarchitektur positiv und erfolgreich beantworten will, der benötigt einen neuen strategischen Horizont. Eine epochale Aufbruchperspektive kann dabei ein strategischer Ansatz bieten: eine neue EU-Afrika-Partnerschaft.

Zukunftskontinent Afrika

Der Schlüssel zur zukunftsfähigen Lösung des europäischen Strategie-Defizits lautet „Afrika“. Als unmittelbarer und äußerst rohstoffreicher Nachbar kann es ein Zukunftsfundament der europäischen Wirtschaft sein, zudem ist Afrika mit einem Durchschnittsalter von 18 Jahren im Jahr 2013 der „junge Zukunftskontinent“.⁵⁶

55 Adam Tooze: Europas fragile China-Politik, in: Internationale Politik 3/2021, S. 58–63; Nadine Godehardt: Wie China Weltpolitik formt, SWP-Studie 19/2020.

56 Johannes Dieterich: 18 Jahre – das ist in Afrika das Durchschnittsalter, in: Badische Zeitung, 11.7.2013.

Diese Erkenntnis sollte Europa nicht anderen weltpolitischen Akteuren, wie China oder den USA überlassen. Das Handelsvolumen von China mit Afrika ist in den vergangenen zehn Jahren um das Zehnfache gestiegen. Chinesische Firmen investieren intensiv in die Infrastruktur afrikanischer Länder wie Sudan, die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Angola oder Sambia, umgekehrt gelangen Eisenerz, Kupfer, Mineralien, Kohle und Erdöl von Afrika nach China.

Das Engagement Chinas in Afrika belegt dessen weltweite Attraktivität. EuropäerInnen dagegen verbinden mit Afrika häufig sofort klassische Klischees wie Kriege und Krankheiten, Hunger und Armut oder das aus der Kolonialzeit stammende Klischee der Unterlegenheit. Zukunftsfähig aber ist nur ein anderes Bild: Afrika als Partner auf Augenhöhe. Gemeinsam können dann beide Kontinente die große Zukunftspartnerschaft bilden und etliche Zukunftsperspektiven eröffnen: Zusammenarbeit mit afrikanischen Reforminitiativen, Bekämpfung der Korruption, Reduzierung des Hungers, Schaffung von Stabilitätsregionen, Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit, Regelung und Begrenzung der Migration, Organisation von legalen Wegen der Zuwanderung.

Da die strategische Bedeutung Afrikas für Europa zunimmt, darf die politische Antwort auf diese Herausforderung nicht widersprüchlich ausfallen. Der Themenkanon ist gemeinsam anzugehen: politische Stabilität und Demokratieentwicklung, Auswege aus dem Staatenzerfall, Befriedung von Bürgerkriegen, Beendigung von Armut und sozialer Benachteiligung. Vor diesem handfesten Hintergrund sollte Europa den afrikanischen Weckruf aufnehmen und die europäisch-afrikanische Partnerschaft als die weltpolitische Partnerschaft der Zukunft begreifen.

Der Hinweis auf die europäische Afrika-Perspektive zeigt:⁵⁷ Die Magie des europäischen Projekts darf sich nicht darin erschöpfen, die Machtverhältnisse untereinander stets aufs Neue auszuloten. Es geht vielmehr um das große Ganze: um die künftige Verfasstheit des institutionellen Gefüges und die künftigen Abläufe der Entscheidungsprozesse. Hier muss die EU echte Zukunftsstrategien entwickeln – und das setzt intellektuelle und politisch-kulturelle Anstrengungen voraus. Der verunsicherte Kontinent braucht Ziele, Perspektiven und Orientierung.

Die EU bleibt selbst nach dem Brexit die drittstärkste Wirtschaftsmacht der Welt, wird aber ihrer geopolitischen Bedeutung nicht gerecht. Das kann nicht gut gehen – weder nach innen noch nach außen. Wer nach außen derart unambitioniert auftritt, muss damit rechnen, dass Egoisten im Innern die Agenda bestimmen. Es fehlt die disziplinierende Verantwortung für etwas Größeres als die eigenen nationalen Interessen.

Doch neue Verträge allein gäben dem heutigen Europa weder eine Identität, noch flößten sie ihm neue Vitalität ein. Genau das muss aber das Kalkül sein: Europa ist stark und groß geworden und hat das Potenzial zur Weltmacht – vorausgesetzt, die EU organisiert sich als Strategiegemeinschaft.

Europa ist zu groß, um ohne Führungskultur, Strategie und eine starke kollektive Identität auszukommen. Die EU muss in der Tradition des Volkssouveräns an ihrer Identität arbeiten: Ihr Souverän – die rund 400 Millionen Menschen mit ihrem ökonomischen Spitzenpotenzial – und eine solide militärische Ausstattung haben die EU in den Rang einer Weltmacht befördert. Die BürgerInnen erwarten, dass sich diese Weltmacht umso dringli-

⁵⁷ Siehe Gerd Müller/Werner Weidenfeld: Europa hat das Zeug zur Weltmacht, in: Welt am Sonntag, 18.12.2020.

cher aus ihrer politischen Orientierungslosigkeit befreit. Denn der Wandel, der Europa und seine BürgerInnen erfasst, ist zu tiefgreifend, dramatisch und unübersichtlich.

Um auf Augenhöhe anderer globaler Player zu kommen, müssen die EU-Staaten strategisch entscheiden: Wie festigt die Union ihre Legitimation gegenüber BürgerInnen und Nationalstaaten? Wie – und wie transparent – ordnet sie ihre Führungsstrukturen? Wie macht sie sich handlungsfähig, und welche Handlungsspielräume will sie nutzen?⁵⁸

Europa auf der Suche nach Sicherheit

Wir sind Zeugen eines großen sicherheitspolitischen Dramas. Die Zahl kriegerischer Attacken hat sich vergrößert. Die Schauplätze sind näher an uns herangerückt. Angesichts der vielen Opfer sind wir geradezu umhüllt von einer Tragödie. Bereits seit Monaten ging uns das Urteil dazu relativ leicht über die Lippen: Die Welt ist aus den Fugen geraten. Aber heute müssen wir ergänzen: Sie brennt.

Die Epoche der Abschreckung ist sicherheitspolitisch beendet. Die großen Krisen entziehen sich dem disziplinierenden Zugriff einer weltpolitischen Architektur, wie sie während des Ost-West-Konfliktes über Jahrzehnte disziplinierend wirkte. Alles das, was orientierende Sicherheit versprach, ist in der multipolaren Welt voller asymmetrischer Kriegshandlungen verschwunden.

Darüber hinaus treten die kriegsführenden Kämpfer oft ohne staatliche Hoheitsabzeichen auf. Von der neuen Intensität terroristischer Religionskriege über die armutsbedingten Transformationskonflikte bis zum Kampf um Rohstoff- und Energieversorgung – wie soll eine demokratisch verfasste Welt damit umgehen und ihren eigenen Schutz organisieren? Die westliche Politik antwortet auf diese Fragen mit situativem Krisenmanagement. Man fährt auf Sicht, beklagt die Opfer. Die Suche nach einem Kompass bleibt erfolglos. Das Ausbleiben einer Antwort ist Rückenwind für die Simplizität des Populismus.

Außerdem hat sich der Aggregatzustand der Sicherheit grundlegend verändert:⁵⁹ Cyber-Crime und Cyber-War werden zur alltäglichen, ja minütlichen Erfahrung und können auch Staaten gefährden. Computer von Banken, führenden Wirtschaftsunternehmen, Geheimdiensten, Ministerien etc. können ausspioniert und zum Teil flächenübergreifend lahmgelegt werden. Zahlreiche Szenarien von Cyber-Attacken sind vorstellbar, da praktisch das gesamte gesellschaftliche Leben durch Computer geregelt wird. Durch Computerviren können Personenzüge entgleist, Stromausfälle verursacht, Trinkwasser vergiftet werden. Die USA reagieren präventiv und haben bereits 2010 das US Cyber Command eingerichtet, das sich mit Cyber-War und Internet-Sicherheit beschäftigt. Man bereitet sich heute weniger auf den Einsatz von Atomwaffen, als auf den Einsatz von Cyber-Angriffen vor, um die eigene Infrastruktur zu schützen und um Strategien für den Ernstfall parat zu haben. Auch Deutschland rüstet sich für den Ernstfall und simuliert Netzangriffe auf die deutsche Infrastruktur, um in der Realität vorbereitet zu sein. Außerdem unterhält die Bundeswehr eine Abteilung Computernetzwerkkooperationen und steht im Kontakt zum Cyberverteidigungszentrum der NATO in Tallinn. Die Rechtslage in Deutschland zum Cyber-War ist allerdings noch weitestgehend unklar. So ist bislang beispielsweise noch nicht geklärt, ob der Parlamentsvorbehalt auch im Falle des Cyber-Wars gilt. Die Politik hat also noch Handlungsbedarf, sich den neuen digitalen Gegeben-

58 Winfried Veit: Europas Kern, Eine Strategie für die EU von morgen, Bonn 2020.

59 Matthias Schulze: Militärische Cyber-Operationen, Nutzen, Limitierungen und Lehren für Deutschland, SWP-Studie 15/2020.

heiten ausreichend anzupassen.⁶⁰ Zu beobachten ist ein spannendes Paradox aus der Komplexität und damit einhergehenden Langsamkeit politischer Prozesse und dem raschen gesellschaftlichen und technologischen Wandel hin zur digitalen Welt. Die spezifische Herausforderung des möglichen Cyber-Angriffs besteht darin, dass man weder weiß, wer der Gegner ist, noch wo er sich aufhält. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass die EU eine Behörde zum Schutz gegen Cyberattacken aufbaut.

Die Ausstattung möglicher Kombattanten entspricht nicht alten Stereotypen, sondern ist vielmehr technologisch, finanziell und kommunikativ bestens ausgestattet. Vernetzte Professionals sind in großer Zahl auf jedem Kontinent präsent und agieren meist unerkannt. Alles dies ist kulturell grundiert: vom Neonationalismus bis zum Populismus, religiösen Begründungsversuchen und den terroristischen Avantgarden des politischen Islam, deren Doppelstrategie die Länder destabilisiert, auf die sie einen direkten Zugriff haben, und gleichzeitig jene Länder, in die sich die Vertriebenen der islamischen Welt flüchten. Die Liste der sicherheitspolitischen Problemländer umfasst etwa Syrien, Irak, Iran, Türkei, Ägypten, Ukraine, Libanon, Libyen, Nigeria und aktuell insbesondere Afghanistan.⁶¹

Was müsste eine tragfähige Antwort auf diese Bedrohungen ausmachen?⁶² Erstens hat die Globalisierung auch den Aggregatzustand der Sicherheitspolitik erreicht. Das bedeutet, ein isolierter, nationaler Antwortversuch erfasst die Bedrohung nicht. Ein Ruf nach einer operativen, globalen Antwort würde verhallen, weil dazu effektive Organisationsformen fehlen. Eine weltpolitisch relevante politische Größe ist gefordert. Die EU mit ihrer Bevölkerungszahl und ihrem ökonomischen und militärischen Potential hat das dazu nötige Format. Zweitens muss nach dem Abschied vom Prinzip der Abschreckung die Umstellung auf das Prinzip des Schutzes erfolgen, wie die tiefgreifenden Veränderungen der amerikanischen Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001 zeigen. Drittens muss für eine solch tiefgreifende Kurskorrektur mit großem Erklärungsbedarf festgestellt werden: Europa hat ein Führungsdefizit mit dem Ergebnis, dass es mehr reagiert als agiert und erst dann die Aufmerksamkeit auf Politikfelder oder Länder legt, wenn es zu spät ist. Dass Russland seiner früheren Größe hinterher trauert, hätte man durchaus schon früher erkennen können. Bereits vor zehn Jahren hätte an einer europäischen Strategie zum Umgang mit Moskau gearbeitet werden können; auch eine Befassung mit den innerkulturellen Konflikten in der Ukraine blieb aus, obwohl die EU offensiv auf das Land zugegangen ist und eine Vertiefung der Beziehungen angeboten hat. Wäre Europa besser vorbereitet gewesen, müsste die Staatengemeinschaft nicht erst groß diskutieren, sondern könnte handeln.

Das Potenzial Europas ist enorm. Europa ist eine Weltmacht – aufgrund der Führungsschwäche aber derzeit eine kopflose Weltmacht. Die bisherige politische Antwort Europas auf neue Bedrohungen lautet: Wir werden die Zusammenarbeit verbessern. Wir werden dazu beraten, welche weiteren Maßnahmen gegen Waffenhandel, gegen die Mobilität von TerroristInnen zu ergreifen sind – und dazu werden wir unsere Sicherheitsbehörden besser personell und finanziell ausstatten. Aufmerksame, erfahrene BeobachterInnen entdecken dabei nichts anderes als die übliche politische Prosa. Relevant ist allerdings der Beschluss der EU, mit islamisch geprägten Ländern enger zu kooperieren. Aber warum erst jetzt – nach der Lektüre langer Opferlisten?

60 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Digitale Agenda und Cybersicherheit“ in diesem Jahrbuch.

61 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Afrikapolitik“, „Nahostpolitik“, „Türkei“ und „Ukraine“ in diesem Jahrbuch.

62 Barbara Lippert et al.: Strategische Autonomie Europas, SWP-Studie 2/2019.

Notwendig ist die fundamentale Umstellung auf den Schutz-Gedanken und die damit verbundene Prävention. Dazu benötigt Europa eine daran orientierte strategische Elite – die mit anderen weltpolitischen Akteuren neue strategische Partnerschaften aufbaut. Es bedarf also nicht einmal einer Vertragsänderung, die zurzeit sowieso nicht realisierbar wäre. Es bedarf nur der angemessenen Organisation des strategischen Denkens und dann der politischen Erkenntnis und des politischen Willens. Das sollte machbar sein – um die neuen Gefahren abzuwenden und die neue Sicherheit zu gewährleisten.

Weiterführende Literatur

- Florian Bieber/Roland Bieber: *Negotiating Unity and Diversity in the European Union*, London 2021.
- Stephan Bierling: *America First, Donald Trump im Weißen Haus, Eine Bilanz*, München 2020.
- Katrin Böttger/Matthias Jopp (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Europapolitik*, Baden-Baden 2021.
- Andrea Brait et al. (Hrsg.): *Europakonzeptionen*, Baden-Baden 2020.
- Colin Crouch: *Postdemokratie revisited*, Berlin 2021.
- Internationale Politik: *Digitales Europa 2030*, in: *Internationale Politik Spezial 3/2020*.
- André Gärber (Hrsg.): *Europa.Besser.Machen. Vorschläge für eine progressive Wirtschaftspolitik*, Frankfurt 2021.
- Micheal Gehler: *Europa, Ideen – Institutionen – Vereinigungen – Zusammenhalt*, Reinbeck 2018.
- David Howarth/Joachim Schild: *The Difficult Construction of European Banking Union*, London 2020.
- Konrad Jarausch: *Aus der Asche, Eine neue Geschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Ditzingen 2018.
- Markus C. Kerber: *Der deutsche Selbstmord, Wie unser Land in der Corona-Krise für Europa geopfert wird*, München 2021.
- Martin Klingst: *Amerikas Mr. Germany, Guido Goldman*, Freiburg 2021.
- Malte Kramme et al. (Hrsg.): *Brexit*, Baden-Baden 2020.
- Christine Landfried: *Das politische Europa, Differenz als Potential der Europäischen Union*, Baden-Baden 2020.
- Alexander Graf Lambsdorff: *Wenn Elefanten kämpfen, Deutschlands Rolle in dem kalten Krieg des 21. Jahrhunderts*, Berlin 2021.
- Geert Mak: *Große Erwartungen: Auf den Spuren des europäischen Traums (1999–2019)*, München 2020.
- Hans Maier: *Deutschland, Wegmarken seiner Geschichte*, München 2021.
- Hartmut Marhold (Hrsg.): *Wegbegleiter der europäischen Integration, 60 Jahre Institut für Europäische Politik*, Baden-Baden 2020.
- Cornelius Mayer-Tasch: *Die Kraft der Zuversicht, Eine philosophische Betrachtung*, Berlin 2021.
- Gerd Müller: *Umdenken – Überlebensfragen der Menschheit*, Hamburg 2020.
- Manuel Müller: *Ein verpasster Verfassungsmoment, Der Vertrag von Maastricht und die europäische Öffentlichkeit (1988–1991)*, Baden-Baden 2021.
- Peter-Christian Müller-Graff (Hrsg.): *Europäisches Binnenmarkt- und Wirtschaftsordnungsrecht*, Baden-Baden 2021.
- Nicolai von Ondarza: *Die „Methode Barnier“ – Lehren aus der Verhandlungsführung der EU beim Brexit*, in: *integration 2/2020*, S. 85–100.
- Sabine Riedel: *Grenzschutz, Migration und Asyl, Wege der Europäischen Union aus der Politikverflechtungsfalle*, SWP-Studie 23/2020.
- Peter Rudolf: *Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt*, SWP-Studie 23/2019.
- Matthias Waechter/Jean Claude Vérez: *Europe: Between Fragility and Hope*, Baden-Baden 2020.
- Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels/Funda Tekin (Hrsg.): *Europa von A–Z, Taschenbuch der europäischen Integration*, Wiesbaden 2020.
- Werner Weidenfeld: *Democracy. In Search of a Strategic Perspective*, in: Nili Cohen (Hrsg.): *The Challenge of Liberal Democracy*, Jerusalem 2020, S. 19–21.
- Werner Weidenfeld: *Die Europäische Union*, Paderborn 2021.